

IM NETZ DER GLOBALEN RECHTEN

Mit dem Sieg von Jair Bolsonaro bei der Wahl zum neuen brasilianischen Präsidenten scheint nicht nur symbolisch, sondern auch machtpolitisch der „progressive“ Zyklus in Lateinamerika zu Ende zu gehen, der die Region mehr als eine Dekade lang prägte. Rechte und teils offen anti-demokratische Bewegungen und AkteurInnen bekommen auch in den lateinamerikanischen Gesellschaften immer mehr an Einfluss und suchen die Nähe und Kooperation zu anderen globalen Rechten. Einige Gedanken zu den daraus resultierenden Herausforderungen, vor allem für die Linke.

Von Laurin Blecha

In seiner gewohnt etwas zynischen Art meinte vor kurzem der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, dass es heute schon einfacher wäre, sich mit dem Ende der Welt durch eine Kollision mit einem Asteroiden auseinander zu setzen, als Antworten auf die globalen Erfolge der Rechten zu finden. Fast täglich lassen rechte AkteurInnen von sich hören. Die als unantastbar und universal geltenden Menschenrechte und humanitären Prinzipien, die das 20. Jahrhundert hervorgebracht hatte, werden per Tweet ins Lächerliche gezogen oder überhaupt (zumindest verbal) abgeschafft. Beispiele dafür finden sich genug: Donald Trumps frauenverachtende Äußerungen, Jair Bolsonaros homophobe und rassistische Statements, Victor Orbáns Kreuzzug gegen NGOs, die Menschen auf ihrer Flucht vor Krieg, Armut und Terror beiseite stehen oder Rodrigo Duterte menschenrechtsverachtende Law and Order-Politik auf den Philippinen.

AnalystInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen sowie auch AkteurInnen der Zivilgesellschaft sind sich mittlerweile einig, dass rechte Positionen in der „Mitte der Gesellschaften“ angekommen sind, den politischen Diskurs aktiv mitbestimmen und diesen nach ihren Vorstellungen formen. Rechte Bewegungen und AkteurInnen operieren auch nicht mehr nur innerhalb des Nationalstaates, obwohl sie diesen sehnlich wieder herbeiwünschen, sondern auf globaler Ebene. Nicht umsonst gehörten zu den ersten GratulantInnen nach Bolsonaros Sieg im ersten Wahlgang Matteo Salvini und Marine Le Pen.¹

Wenn heute von „den Rechten“ gesprochen wird, impliziert dies stets ein Feld heterogener AkteurInnen, die jedoch gemeinsame Merkmale und Mechanismen für ihren Erfolg bei Wahlen aufweisen. Eines der zentralen Charakteristika ist ihre vermeintliche negative Haltung gegenüber

Phänomenen der Globalisierung und Internationalisierung. Dazu gehören etwa transnationale Vereinbarungen (*bad deals* in den Worten Trumps) oder globale Migrationsbewegungen, verschärft durch die multidimensionalen Konflikte und Kriege, aber auch gefördert durch Verbesserungen der Infrastruktur und technologische Fortschritte in den letzten zwei Dekaden. Bewusst soll von einer vermeintlich negativen Haltung bezüglich der Globalisierung gesprochen werden, da sich rechte AkteurInnen zwar vom kulturellen Multikulturalismus bedroht fühlen und diesen vehement ablehnen, aber gleichzeitig globale Ungleichheiten nicht beseitigen, sondern diese noch verstärken. Paradoxerweise ist die Politik der Rechten oftmals reifenfreundlich, wirtschaftsliberal geprägt und mit Angriffen auf den Sozialstaat verbunden.

Gegen „Systemparteien“

Ein zweites zentrales Merkmal ist ihre Abkoppelung von „traditionellen“ Parteien und deren InteressenvertreterInnen. In Europa ist schon seit längerem ersichtlich, dass traditionelle Parteien – konservative sowie sozialdemokratische –, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten Ländern Westeuropas die politische und institutionelle Hegemonie innehatten, seit einiger Zeit massiv an Einfluss, Macht und WählerInnen verlieren. In Griechenland hält die PASOK seit der Parlamentswahl im September 2015 nur mehr etwas mehr als 6% der Stimmen; dreißig Jahre zuvor waren es noch stattliche 45%. In Frankreich schaffte es Emmanuel Macron, das alte Parteiensystem (vorerst) kräftig aufzumischen und in Italien regieren seit Juni 2018 die „Anti-System-Parteien“ *Movimento 5 Stelle* und *Lega Nord*. Trump, Bolsonaro und auch Argentinien Präsident Mauricio Macri sind eher als anti-systemisch zu betrach-

ten, auch wenn sie starke institutionelle wie finanzielle Unterstützung von traditionellen, konservativen Kräften erhalten. Macri positionierte sich als „Alternative“, versammelte alte wie neue AkteurInnen des Rechtsaußen-Spektrums in seiner Bewegung (*Cambiamos*) und konzentrierte seine Kampagne vor allem auf die Diskreditierung der Vorgängerregierungen der Kirchners. Wichtige Alliierte hierbei waren die Boulevardmedien (wie etwa *Clarín*), die seit Jahren gegen die Kirchners unseriös und polemisch agitierten. Auch in Brasilien, wo diese Rolle *O Globo* übernahm, stand die Delegitimierung der Regierung von Lula und später von Dilma Rousseff ganz oben auf der Agenda.

Das tägliche Berieseln durch sensationelle und reißerische Nachrichten, wie es etwa in Brasilien bei der Absetzung von Rousseff passierte, hat auch zur Folge, dass die StaatsbürgerInnen langsam das Vertrauen in den Staat und seine demokratisch gewachsenen Institutionen verlieren. Die neuen sozialen Medien spielen hier eine entscheidende Rolle. Was auf *Facebook* oder *Twitter* geschrieben und geteilt wird, ist schnell verbreitet und erreicht Millionen von Menschen. Problematisch ist, dass diese Nachrichten und Statements spontan, kurz und ungeprüft in die Öffentlichkeit gelangen, oft nur einen kurzen Moment abbilden, der mit der Realität wenig bis gar nicht zu tun hat. Rechte AkteurInnen verstehen es, auf den unterschiedlichen Medienkanälen mit der Angst und den Emotionen der Menschen zu spielen, vor allem wenn es um die Themen Sicherheit und Migration geht.

Mobilisierte Emotionen

Diese werden je nach Land und Gesellschaft ganz unterschiedlich geschürt. So suchten im Zuge der politischen Krise und gewalttätigen Ausschreitungen im eigenen Land tausende NicaraguanerInnen Zuflucht in Costa Rica. Die Migration aus dem strukturell ärmeren Nicaragua in das politisch wie sozial stabilere Costa Rica hat eine lange Geschichte und ist dementsprechend eigentlich nichts Neues. Tausende NicaraguanerInnen leben und arbeiten in Costa Rica, manche schon seit Generationen. Costa-ricanisch-nicaraguanische Familien sind keine Seltenheit. Im August dieses Jahres kam es jedoch zu xenopho-



Foto: Johannes Schmidt

Protest von Angehörigen der brasilianischen Mittelklasse gegen die PT-Regierung (2015)

ben Protesten in der Hauptstadt San José, bei denen sogar Hakenkreuze zu sehen waren.² Die NicaraguanerInnen würden Kriminalität und Gewalt bringen und den Costa Ricanern die Arbeitsplätze wegnehmen, waren u.a. Argumente der DemonstrantInnen.

Das Gefühl etwas zu verlieren ist nicht zu unterschätzen, denn es manifestiert sich auf unterschiedliche Weise: Sei es der mögliche Verlust der Arbeitsstelle in Costa Rica durch MigrantInnen aus Nicaragua oder die Abstiegsängste der argentinischen Mittelklasse, denn viele erinnern sich nur zu gut an das Krisenjahr 2001. Dazu mischen sich Verlustängste der imaginär konstruierten Identitäten und Mentalitäten. „Wir“, seien es die BrasilianerInnen, die US-AmerikanerInnen oder die ÖsterreicherInnen, würden aufhören zu existieren, und das vor allem durch die unkontrollierte Zuwanderung von „Anderen“, so die gängige Argumentation der globalen Rechten. Das Ergebnis all dieser Szenarien sind unkontrollierte Handlungen und politische Entscheidungen, die weniger durch Vernunft oder Rationalität geleitet als mit Emotion getroffen werden.

Linke Schockstarre

Und was sind die Reaktionen der globalen Linken auf diese Entwicklungen? Viele KommentatorInnen und BeobachterInnen weisen darauf hin, dass die Linken nach ihren rezenten Wahlniederlagen häu-

fig in eine Art Schockzustand verfallen, sich in unterschiedliche Lager, AkteurInnen oder Bewegungen aufspalten und keine gemeinsame Stimme mehr haben. Auch dass es den Linken heute schwerfällt, Alternativen zu entwerfen und zu formulieren, kann als zentrales Problem angesehen werden. Der brasilianische Soziologe Emir Sader spricht hierbei von einer notwendigen „politischen Erneuerung“ auf globaler Ebene.³

Die progressiven Regierungen, die nach den 1990er Jahren die tiefen politischen, sozialen und ökonomischen Probleme der einzelnen Länder übernahmen und die neoliberalen Experimente beendeten, konnten das beschädigte soziale Gefüge häufig wiederherstellen. Die Regierungen unter Luiz Inácio Lula da Silva, Evo Morales, Hugo Chávez, José Mujica, Néstor und Cristina Kirchner oder Rafael Correa förderten das wirtschaftspolitische Modell des Extraktivismus mit all seinen ökologischen Nachteilen, was es ihnen aber ermöglichte, Arbeitsplatzsicherheit herzustellen, die Löhne kontinuierlich anzuheben und die Investitionen in verschiedenen Wirtschaftssektoren zu erhöhen. Damit verbundene Süd-Süd-Kooperationen (etwa innerhalb der ALBA) stärkten die regionale Zusammenarbeit und die Solidarität untereinander, auch auf der internationalen Bühne. Eines der strukturellen Probleme, die Abhängigkeit vom Weltmarkt und den finanzpolitischen Institu-

tionen, konnte zwar nicht überwunden werden, jedoch waren diese Jahre von einer Aufbruchsstimmung, sozialem Zusammenhalt und auch einem neuen progressiven Umgang mit der eigenen Vergangenheit geprägt. Man erinnere sich etwa an Néstor Kirchners emotional starke Rede bei der Eröffnung des Museo de la Memoria in Buenos Aires im März 2004, wo er als Präsident um Verzeihung für die vom Staat verübten Verbrechen während der Militärdiktatur bat.

Diese Rede Kirchners kann stellvertretend als Beispiel für die vielen öffentlichen Diskurse von Lula, Chávez oder Morales stehen, in denen die linken PolitikerInnen ihre verbalen, intellektuellen und moralischen Stärken zeigten. Im Einsatz gegen die nach den 1990er Jahren vorherrschenden Ungerechtigkeiten in Lateinamerika gaben sie der Bevölkerung eine Stimme, die auch gehört wurde. Die heutige Linke muss die Stimmen „von unten“ wieder in den politischen Diskurs einbringen, da die Rechte nicht an den Minderheiten, den sozial Schwachen oder politisch Andersdenkenden interessiert ist. Dies zeigt sich stets, wenn sie Regierungsmacht erhält und ihr Anti-Establishment-Gehabe schnell aufgibt.

Auch müssen sich linke AkteurInnen fragen, ob das Festhalten an bisherigen Parteistrukturen und Persönlichkeiten nicht anachronistisch und letztlich kontraproduktiv ist. Die Leistungen der progressiven Regierungen sind nicht zu leugnen, doch hat das fast messianische Festhalten an ihren ehemaligen Führungspersonlichkeiten bisher vor allem Niederlagen gebracht. Sicher haben die rechten Medien hier erfolgreich agitiert, aber dass der eher unbekannt und zu spät nominierte Kandidat der PT, Fernando Haddad – in vielen Aspekten eher ein Intellektueller als „traditioneller“ Politiker – fast 45% der Stimmen erhielt, lässt den Schluss zu, dass Erneuerung möglich ist und künftig auch durchaus erfolgreich sein kann. ■

Redaktionsmitglied Laurin Blecha ist Doktorand der Geschichte und Lektor an der Universität Wien.

¹ Siehe: <https://www.pagina12.com.ar/147729-festejan-los-ultras-europeos>

² Siehe: <https://www.crhoy.com/nacionales/xenofobia-en-la-merced-insultos-y-canticos-contra-nicaraguenses/>

³ Siehe: <https://www.alainet.org/es/articulo/196526>